

Stefan Appelius

Als Pazifistin in Bonn: Alma Kettigs Weg in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

1. Die Kontroverse um die Wiederaufrüstung

Theo Pirker beschreibt das politische Klima in der Bundesrepublik mit Blick auf den Bundestagswahlkampf im Jahre 1953 sehr zutreffend mit der Feststellung, der Antikommunismus habe in der breiten Masse der Bevölkerung Westdeutschlands in jenen Jahren die Position des Antisemitismus eingenommen, in Form eines tiefen, weltanschaulich verhärteten und durch Propaganda stets aufs neue aktualisierbaren Vorurteils.¹

Der Wahltag am 6. September 1953 brachte der SPD mit lediglich 28,8 % der Stimmen eine vernichtende Niederlage ein und der jungen Wittener Sozialdemokratin Alma Kettig den Einzug in den Bundestag. Alma Kettig hatte nur widerwillig und rein formal auf einem hinteren Platz der nordrhein-westfälischen SPD-Landesliste kandidiert. Durch den Verlust sicher geglaubter Direktmandate "zog" die SPD-Landesliste in NRW erheblich besser als zunächst berechnet und bescherte so in den frühen Morgenstunden des 7. September 1953 einer völlig überraschten Frau die Nachricht, ihre parlamentarische Laufbahn habe soeben begonnen: "In Witten gab es fast einen kleinen Aufstand. Viele hatten ja gar nicht mitbekommen, daß ich kandidierte. Ich hatte gerade ein kleines Appartement gemietet, meine erste eigene Wohnung! Dafür hatte ich lange gespart. 20 Jahre lang hatte ich möbliert gewohnt. Als ich gerade Fenster putzte, wurde ich ans Telefon gerufen. 'Sitzt du oder stehst du?' fragten mich die Genossen aus dem Bezirksbüro. 'Wir möchten dir gratulieren'. Ich dachte, sie gratulieren mir zur Wohnung. 'Nein', sagten sie, 'zu ganz etwas anderem; du bist Bundestagsabgeordnete!' Ich konnte das zunächst gar nicht glauben. 'Allmächtiger Strohsack', dachte ich, 'was denn nun?'"²

¹ Theo Pirker, 1965, S.181.

² Pollmann / Laudowicz, 1981, S.60.

Das verheerende Wahlergebnis ließ in der SPD die Befürchtung an Boden gewinnen, die Partei befinde sich auf dem Weg in eine permanente Opposition. Da lag die Schlußfolgerung nahe, die Partei müsse sich grundlegend verändern, "Ballast über Bord werfen", Volkspartei werden. Noch konnte sich die rechte Reformer Fraktion gegenüber den linken Traditionalisten, zu denen auch Alma Kettig zu rechnen war, nicht durchsetzen. Doch der Weg der SPD zur Volkspartei, der Weg zum Godesberger Programm von 1959 war vorgezeichnet.

Am 26. Februar 1954 fand im Bundestag die Auseinandersetzung um die sogenannte "Wehrgänzung" statt. Durch die Wehrgänzung wurde die Wehrhoheit im Grundgesetz verankert; dies war die verfassungsmäßige Voraussetzung zur geplanten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Adenauer verfügte durch sein glänzendes Wahlergebnis und durch die vorausschauende Bildung einer Koalition aller bürgerlichen Parteien über eine für diese Grundgesetzänderung nötige 2/3-Mehrheit.

Die Voraussetzungen zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik waren im März 1954 durch die mit 334 gegen 144 SPD-Stimmen verabschiedete Wehrgänzung verfassungsrechtlich gelegt.

Die Abgeordnete Kettig konnte an der Abstimmung über die hochbrisante Grundgesetzänderung, von der SPD als "Ermächtigungsgesetz zur Wehrverfassung" scharf abgelehnt, wegen eines Krankenhausaufenthaltes nicht teilnehmen.

Die SPD favorisierte sicherheitspolitisch in jenen Jahren anstelle einer Militärallianz ein System kollektiver Sicherheit. Ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland sollte nach den Plänen der SPD Mitglied eines kollektiven Sicherheitssystems werden, dem nach den Vorstellungen Fritz Erlers auch potentielle Angreifer angehören sollten. Der latente Grundgedanke sozialdemokratischer Sicherheitspolitik war denkbar einfach: Die UNO wirds schon machen. Faktisch kam dies einer rein militärischen Neutralität bei politischer Westbindung nahe.

Nachdem 1954 der EVG-Vertrag gescheitert war, fand der Berliner SPD-Parteitag in allgemeiner Siegesstimmung statt. Erich Ollenhauer hob noch einmal hervor, daß die Ablehnung des EVG-Vertrages durch die SPD keiner "grundsätzlichen Ablehnung der Verteidigung eines demokratischen Staates" gleichkomme: "Unsere Ablehnung der EVG bedeutet auch nicht

die Verweigerung eines militärischen Beitrags unter allen Umständen, solange die Spaltung Deutschlands besteht."³

Der SPD war im Kampf um die deutsche Wiederbewaffnung (der übrigens nie ein Kampf gegen die Wiederbewaffnung war) total uneinig. Das Spektrum der Positionen reichte von rein pazifistischer Ablehnung jeder deutschen Aufrüstung (u.a. von dem Bundestagsabgeordneten Dr. Dr. Fritz Wenzel als Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft und vom Vorsitzenden des Westdeutschen Landesverbandes der DFG, Dr. Alfons Spielhoff vorgetragen), bis hin zu der beinahe bedingungslosen Zustimmung zur Wiederbewaffnung (im Laufe der Jahre immer zunehmender vom SPD-Wehrexperthen Fritz Erler besetzt).

Alma Kettig notierte über den Verlauf des Parteitages: "Es gab (...) eine umfassende Debatte zur Wehrfrage und Wiederaufrüstung. In dieser Debatte konnten sich die kompromißlosen Gegner der Wiederaufrüstung nicht mehr voll durchsetzen."⁴

Tatsächlich hatte der Berliner Parteitag einen Antrag des pazifistischen Flügels, "Es wird jede Wiederaufrüstung der Bundesrepublik abgelehnt", mit großer Mehrheit durchfallen lassen.

Nachdem sich die französische Nationalversammlung Ende Dezember 1954 mit knapper Mehrheit anstelle der EVG-Verträge für die Ratifizierung der sogenannten Pariser Verträge über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der Westeuropäischen Union aussprach, waren Adenauer Tür und Tor zur Erlangung seiner militärpolitischen Ziele eröffnet.

SPD und Gewerkschaften entschieden sich Anfang Januar 1955, um die Stimmung gegen die Wiederbewaffnung auszunutzen, die "Paulskirchen-Bewegung" ins Leben zu rufen. Theo Pirker über die Hintergründe der Entstehung der Paulskirchenbewegung: "Im Grunde genommen hatte die Paulskirchen-Aktion (...) nur den einen Zweck, den zunehmenden Radikalismus unter den aktiven Parteigenossen und Gewerkschaftlern in legitime Bahnen zu lenken. Sie war als ein Gemüts- und Worteprotest gegen die Politik Adenauers gedacht, als ein Ventil für den Druck in Partei und Gewerkschaft und nicht mehr."⁵

³ Theo Pirker, 1965, S.195.

⁴ Erasmus Schöfer, 1976, S.238 f..

⁵ Theo Pirker, 1965, S.205.

Alma Kettig saß am 29. Januar 1955 mit einer Abordnung sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter in der Frankfurter Paulskirche und erlebte die Auftaktkundgebung der Paulskirchenbewegung unmittelbar. Dr. Dr. Gustav Heinemann faßte die Bedenken der Gegner der Pariser Verträge in seinem Vortrag prägnant zusammen: "Wer militärische Blockbildung durch westdeutsche Eingliederung in den Atlantikpakt betreibt, kann dabei die Wiedervereinigung wohl vielfältig im Munde führen, aber er verhindert sie zugleich. Wer die Deutschlandfrage lösen und damit auch Europa helfen will, muß der Tatsache Rechnung tragen, daß kein Nachbar, also auch der östliche nicht, erneut eine militärische Gefahr von Deutschland her erleben will."⁶

Im Februar 1955 kam es im Bundestag zu entscheidenden Abstimmungen. Alma Kettig stimmte mit der SPD-Fraktion gegen den Souveränitätsvertrag, der das Besatzungsstatut ablöste, gegen den Truppenvertrag, der die Stationierung ausländischer Truppen in der Bundesrepublik regelte und gegen den Beitritt der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union.

In allen drei Fragen unterlag die SPD-Fraktion im Bundestag völlig isoliert. Die Paulskirchenbewegung hatte auf die entscheidende Debatte überhaupt keinen Einfluß. Die Bewegung war "politisch verpufft"⁷.

Die SPD stand in den folgenden Monaten vor der schwierigen Situation, ob sie nach ihrer parlamentarischen Niederlage an der Beratung der Wehrgesetze mitwirken sollte oder nicht.

Für die Mehrheit der Bundestagsfraktion und ihre Wehrspezialisten konnte diese Frage klar bejaht werden. Die Wittener Abgeordnete Alma Kettig mußte erstmals in ihrer parlamentarischen Laufbahn erkennen, daß ihre pazifistische Einstellung in der Fraktion keineswegs mehrheitsfähig war.

Statt einen Sonderparteitag der SPD zur Frage "SPD und Wehrmacht" einzuberufen, entschieden Partei- und Fraktionsvorstand mit deutlicher Mehrheit, den Beschluß des Berliner SPD-Parteitags von 1954 dahingehend zu interpretieren, daß die Partei trotz grundsätzlicher Ablehnung der Wiederaufrüstung unter den eingetretenen Bedingungen "zum Schutz der Demokratie" an einer Mitarbeit an den Wehrgesetzen verpflichtet sei: "Die

⁶ Gustav W. Heinemann, *Der Bürger, der nur resigniert, muß dulden, was man ihm diktiert*, in: "Rettet Einheit, Freiheit, Frieden!", Frankfurt (1955), S.10.

⁷ Theo Pirker, 1965, S.209.

Sozialdemokratie (...) wird jeden Fußbreit demokratischer Rechte bei der Behandlung jedes einzelnen Militärgesetzes verteidigen."⁸

Die Mitarbeit der SPD an den Wehrgesetzen führte bereits im Verlauf des Jahres 1955 zu der erstaunlichen Bereitschaft des SPD-Fraktionsvorstandes, den wehrpolitischen Ergänzungen des Grundgesetzes, an deren Formulierung u.a. der SPD-Wehrexperte Fritz Erler begierig mitgearbeitet hatte, zustimmen zu wollen. Die Wehrgänzungen seien notwendig, um die demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu garantieren. Ein großer Teil der SPD-Bundestagsabgeordneten, darunter auch die Wittener Abgeordnete Alma Kettig, lehnten die fragwürdige Entscheidung des Parteivorstandes nachdrücklich ab: "Vor allem bedeutete die Wiederaufrüstung die absolute Absage an die Politik der deutschen Wiedervereinigung. Mir haben damals viele Fraktionsgenossen, darunter Franziska Bennemann und Heinz Kühn, energisch versichert, daß sie diesen Ergänzungsgesetzen keinesfalls zustimmen würden. Bei der Vorabstimmung in der Fraktion verhielten sie sich auch entsprechend, von 164 Fraktionsmitgliedern waren viele noch immer dagegen. Die Mehrheit der Fraktion allerdings entschied sich für die Ergänzung. Als dann im Plenum abgestimmt wurde, ging ich zusammen mit 18 anderen Fraktionskollegen⁹ durch die Nein-Tür, während rund ein halbes Hundert überhaupt nicht zur Abstimmung kamen!"¹⁰

Alma Kettig kommentierte die Abstimmung über die Wehrgänzung: "Für mich war dieser 6. März 1956 ein schwerer Schlag. Denn durch die Zustimmung zur Ergänzung des Grundgesetzes hatte die SPD alle Grundlinien aufgegeben, auf die die sozialdemokratische, die deutsche und die internationale Politik 1945 aufgebaut hatte. Es sollte ja abgerüstet und nicht aufgerüstet werden, es sollte Kooperation geben und nicht Konfrontation."¹¹

⁸ Theo Pirker, 1965, S.212 f..

⁹ Die 19 SPD-Abgeordneten, die mit "Nein" stimmten, waren: Lisa Albrecht, Wilhelm Banse, Valentin Baur, Arno Behrisch, Fritz Corterier, Otto Dannebom, Georg Dewald, Walter Faller, Hans Geiger, Dr. Otto Grewe, Alma Kettig, Trudel Meyer, Wilhelm Reitz, Josef Scheuren, Georg Stierle, Ferdinand Stümer, Josef Wagner, Philipp Wehr und Dr. Dr. Fritz Wenzel.

Zunächst hieß es irrtümlich, 20 Abgeordnete (einschließlich der Abgeordneten Annemarie Renger) hätten mit "Nein" votiert. Frau Renger dementierte dies nachdrücklich.

¹⁰ Alma Kettig am 12.6.1990 im Gespräch mit dem Verfasser.

¹¹ Erasmus Schöfer, 1976, S.241.

In zahlreichen Briefen aus der Bevölkerung erhielt Alma Kettig Zustimmung für ihr Abstimmungsverhalten.

Die Vorsitzende der WFFB-Hamburg, Hilde Spier, schrieb ihr: "(...) Damit haben Sie uns Frauen aus dem Herzen gesprochen und wir sind froh, solch mutige Geschlechtsgenossinnen als Vertreterinnen im Bundestag zu haben. (...)"¹²

Die Lyrikerin Erna Hintz-Vonthron, Mitglied der Geschäftsführenden Leitung der WFFB, schrieb Alma Kettig: "(...) Wir bitten Sie (...) sich weiterhin gegen die Wiederaufrüstung, für eine friedliche Entwicklung einzusetzen. Seien Sie gewiß, daß Ihnen besonders die Frauen und Mütter dafür dankbar sind. (...)"¹³

In einem von DFG-Landesgeschäftsführer Hellmuth Plath an Alma Kettig gerichteten Schreiben hieß es: "Der Landesverband Bremen der Deutschen Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsgegner) e.V. gegr. 1892 dankt Ihnen im Namen seiner Mitglieder auf das Herzlichste, daß Sie Ihrer Überzeugung entsprechend den Mut besessen haben, im Bundestag (...) gegen die Änderungen des Grundgesetzes, die die gesetzliche Verankerung der Aufrüstung ermöglichen, zu stimmen.

Ihr mutiges Eintreten für den Frieden ist ein leuchtendes Beispiel wahrhaft edler menschlicher Gesinnung und ein Trost für alle diejenigen, die mit Ihnen und uns das gleiche Ziel der Erhaltung des Friedens anstreben. (...)"¹⁴

Der Vorstand der Offenburger Gruppe des wenig später bundesweit verbotenen, der KPD nahestehenden "Demokratischen Frauenbund Deutschlands" schrieb Alma Kettig u.a.: "(...) Wir möchten zugleich an Sie auch noch die herzliche Bitte richten, daß Sie auch in Zukunft immer so handeln werden - selbst wenn auch vom Bundestag aus, oder - wie es leider schon war - von einem Teil der SPD-Führung gegen sie 'vorgegangen' wird. (...)"¹⁵

Die Parteibasis der SPD reagierte auf das mehrheitliche Votum ihrer Bundestagsfraktion mit großem Unverständnis. Nach wie vor herrschte in

¹² Brief Hilde Spier vom 8.4.1956 an Alma Kettig, FKA.

¹³ Brief Erna Hintz-Vonthron vom 6.4.1956 an Alma Kettig, FKA.

¹⁴ Brief H. Plath / H. Wahrmann vom 14.4.1956 an Alma Kettig, FKA.

¹⁵ Brief DFD-Offenburg vom 23.4.1956 an Alma Kwettig, FKA.

breiten Teilen der Mitgliedschaft der SPD eine eindeutige Ablehnung der Wiederbewaffnung vor. Zahlreiche diesbezügliche Anträge zum Münchner SPD-Parteitag im Jahre 1956 belegen dies nachhaltig. Die Fraktion wurde aufgefordert, unter allen Umständen an der Ablehnung der Adenauerschen Außen- und Wehrpolitik festzuhalten und die allgemeine Wehrpflicht abzulehnen.

Alma Kettig referierte im Mai 1956 in ihrem Wahlkreis über "SPD und Wehrgesetze". Alma Kettig, die selber die Wehrgänzungen abgelehnt hatte, hielt sich an die Parteidisziplin und erklärte ihren Wählern, es sei für die SPD eine "große Verpflichtung" gewesen, dafür zu sorgen, daß, wenn schon Wehrgesetze entstünden, diese "so demokratisch wie möglich" aussähen.¹⁶

Alma Kettig erinnert sich: "Am Tag nach der Abstimmung fand eine Fraktionssitzung statt und in dieser Sitzung wurde der Verlauf der Abstimmung im Bundestag noch einmal erwähnt. Ollenhauer als Fraktionsvorsitzender war noch ziemlich aufgebracht, daß 19 Genossinnen und Genossen mit Nein gestimmt haben. Wir haben hinterher gesagt: 'Na ja, das war ja eine schöne Ohrenwäsche'."¹⁷

Tatsächlich rang sich die SPD-Bundestagsfraktion im Frühsommer 1956 zu einem Nein zur allgemeinen Wehrpflicht auf, und konnte damit auch den aufgekommenen Unmut der Parteibasis beschwichtigen.

Auch Erich Ollenhauer sah sich angesichts zunehmender Kritik der Parteibasis im Frühjahr 1956 genötigt, zu betonen, daß die Mitwirkung der Fraktionsmehrheit an der Grundgesetzänderung vom 6. März 1956 nicht die Aufstellung der Streitkräfte ermöglichte, sondern zu einer "wesentlich verbesserten Form" der Wehrgesetze geführt habe.¹⁸

Am 7. Juli 1956 stimmte Alma Kettig mit der SPD-Fraktion in dritter Lesung gegen das Wehrpflichtgesetz.

Seit Ende 1956 erhielt die militärpolitische Diskussion in der SPD eine neue Komponente. Die NATO diskutierte Fragen einer atomaren Umrü-

¹⁶ Wittener Rundschau, 28.5.1956

¹⁷ Alma Kettig am 12.6.1990 im Gespräch mit dem Verfasser.

¹⁸ Erich Ollenhauer, An der Wende der deutschen Politik, Bonn 1956, S.23 f..

stung, die das Problem einer möglichen Ausrüstung der seit Anfang 1956 bestehenden Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen aufwarfen.

Der neue Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß wurde zu einem Vorkämpfer der atomaren Umrüstung.

Im Verlauf des Frühjahrs 1957 wurde die Diskussion um eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr mehr und mehr zu einem innenpolitischen Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition.

Die SPD unternahm zu diesem Zeitpunkt keinen Versuch, den außerparlamentarischen Widerstand der Paulskirchenbewegung erneut für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Ganz im Sinne ihres eigenen Anspruchs, als Partei der Modernisierung auftreten zu wollen, betonte die SPD den positiven Charakter ihrer Vorschläge über Wiedervereinigung und Sicherheit. Ziel der SPD war es, einen positiven und fairen Wahlkampf zu führen.

Die Regierungsparteien konzentrierten sich dagegen nach bewährter Methode darauf, eine Schlammschlacht gegen die Sozialdemokraten zu führen, die im Juli 1957 auf dem Nürnberger CSU-Parteitag darin gipfelten, daß Bundeskanzler Adenauer einen Wahlsieg der SPD mit dem "Untergang Deutschlands" gleichsetzte. Ollenhauer betonte dagegen -Adenauer moralisch als guter und fairer Demokrat überlegen- in Verkennung der Tragweite der Demontage der SPD durch die konservative Regierung: "Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht notwendig, sich mit einer solchen Verleumdung auseinanderzusetzen."¹⁹

Sie hatte, und umso mehr, als Walter Ulbricht in der heißen Wahlkampfphase der CDU/CSU mit seiner Aufforderung an die Kommunisten, SPD zu wählen, Schützenhilfe leistete.

Ein von Alma Kettig unterstützter Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 10. Mai 1957 an die Atommächte USA, UdSSR und Großbritannien einen feierlichen Appell zu richten, auf weitere Versuchsexplosionen mit Atomwaffen zu verzichten, wurde von den Regierungsparteien ebenso abgelehnt, wie ein Ersuchen an die Bundesregierung, auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Auch Alma Kettig wandte sich an Ihre Wähler: "Mein Hauptaugenmerk (...) ist darauf gerichtet, unserem Lande die Segnungen des Friedens zu

¹⁹ Theo Pirker, 1965, S.240.

sichern, denn Albert Schweitzer, die Elite der deutschen Wissenschaftler und nicht zuletzt der Heilige Vater haben uns eindringlich darauf aufmerksam gemacht, was ein Atomkrieg für die Menschheit bedeutet. Darum müssen wir als Land der Mitte mit aller Kraft durch internationale Übereinkommen im Rahmen der Vereinten Nationen zur Entspannung und Abrüstung kommen, weil die modernen Rüstungen die Kaufkraft und den Wert unseres sauer verdienten Geldes wieder zerstören müßten."²⁰

Alma Kettig berichtet aus ihrem Wahlkampf 1957: "Das waren die Jahre, wo der Antikommunismus so richtig voll in Blüte stand, und ich muß sagen, daß meine Partei ihn von Anfang an mit gefördert hat. Wie wenig uns das genützt hat, das erlebte ich da draußen auf den Dörfern, wo sie kaum einen Unterschied machten zwischen Sozis und Kommunisten. Und nach 56, nach dem KPD-Verbot, kam es noch schlimmer, weil wir nun voll in die Rolle des linken Buhmanns reingedrückt wurden. Da hat die CDU Wahlplakate gemacht, auf denen wir als der direkte Weg nach Moskau hingestellt wurden, und in Moskau stand ein Kommissar mit dem Schlachtmesser zwischen den Zähnen. So ungefähr."²¹

Der Wahltag am 15. September 1957 brachte der SPD erneut eine vernichtende Niederlage ein. Sie konnte ihre Stimmenzahl zwar geringfügig auf 31,8 % erhöhen, doch überstieg gleichzeitig das Wahlergebnis der CDU/CSU erstmals die absolute Mehrheit.

Alma Kettig zog erneut über die nordrheinwestfälische SPD-Landesliste in den Bundestag ein. In ihrem "stockkatholischen" Wahlkreis Bocholt-Borken/Ahaus, der CDU-Wahlergebnisse bis über 80% erbrachte, unterlag sie ihrem Gegenkandidat, dem ehemaligen Bundesverteidigungsminister und CDU-Wehrexperthen Theodor Blank, trotz geringfügiger Stimmengewinne, überaus deutlich.

Der erste Höhepunkt der neuen Legislaturperiode wurde in der außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages im Januar 1958 erreicht. Die CDU/CSU-Koalition betonte im Verlauf der heftigen Redeschlacht die Notwendigkeit, die NATO-Mitgliedsländer, also auch die Bundesrepublik, mit Atomwaffen auszurüsten.

²⁰ Kandidatenflugblatt Alma Kettig, 1957, FKA.

²¹ Erasmus Schöfer, 1976, S.243.

Die innenpolitische Diskussion spitzte sich zu, als sich NATO-Oberbefehlshaber General Norstad im Frühjahr 1958 für die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen aussprach. Zugleich sprach sich NATO-Generalsekretär Spaak in aller Deutlichkeit gegen eine u.a. im Rapacki-Plan vorgeschlagene entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa aus. Diese Pläne seien "lebensgefährlich" für den Westen.

Überall in der Bundesrepublik bildeten sich im Frühjahr 1958 Komitees gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Die SPD schloß sich dieser Bewegung an und konstituierte im März 1958 das Komitee "Kampf dem Atomtod": "Ziel einer deutschen Politik muß (...) die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands. Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswetlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen."²²

Vom 20. bis 25. März 1958 debattierte der Deutsche Bundestag über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Die mehrtägige Redeschlacht, in deren Verlauf der junge Hamburger SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt der Bundesregierung "deutsch-nationalen Größenwahn" bescheinigte, führte zu keiner Veränderung der Fronten.

Die SPD beschloß daraufhin, im Bundestag einen Gesetzentwurf einzubringen, um eine Volksbefragung über die Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen und über die Aufstellung ausländischer Raketen auf deutschem Boden einzubringen. Gleichlautende Gesetzentwürfe wurden in den SPD-regierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen verabschiedet.

Hunderttausende Menschen gingen im Frühjahr 1958 für die Forderungen der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung auf die Straßen. Doch der Bundesregierung gelang es auch diesmal die Lage in ihrem Sinne im Griff zu behalten. Das durch die Bundesregierung angerufene Bundesverfassungsgericht unterband im Mai 1958 für Hamburg und Bremen bereits beschlossene Volksbefragungen der Länderregierungen; der SPD-Gesetzentwurf im Bundestag hatte ohnehin keine Chance, eine parlamentarische Mehrheit zu finden.

²² Theo Pirker, 1965, S.253.

Am 28. Mai 1958 sprach Alma Kettig in Essen vor 2.000 Menschen im Rahmen einer Großkundgebung der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung, in der außerdem u.a. Kirchenpräsident D. Niemöller und SPD-MdB Arno Behrisch referierten.

Alma Kettigs Wahlkreiskontrahent, Bundesarbeitsminister Blank, tonte derweil, die "Kampf dem Atomtod"-Aktionen führten direkt zu einer Machtergreifung der Kommunisten in der Bundesrepublik: "Der Mob ist los in Deutschland (...) Die KPD kommt aus ihren Löchern hervorgekrochen."²³

Der Bundestag beschloß mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten.

Die "Kampf dem Atomtod"-Bewegung verlief, wie drei Jahre zuvor die Paulskirchenbewegung, von der SPD bereits im Frühsommer 1958 beerdigt, im Sande.

Alma Kettig bemerkt dazu: "In Nordrhein-Westfalen waren im Sommer 1958 Landtagswahlen und neben landespolitischen Fragen spielte auch 'Kampf dem Atomtod' eine ziemliche Rolle. Die Sozialdemokraten haben die Landtagswahl verloren und nach einigen Wochen gab es kaum noch 'Kampf dem Atomtod'-Veranstaltungen. Man hatte den Eindruck, irgendwie wird diese Bewegung eingeschläfert. Ich sprach mit Annemarie Renger darüber und fragte: 'Warum geht es nicht weiter?' Annemarie antwortete mir: 'Wir haben die Wahlen verloren. Was soll das noch?'"²⁴

2. Der Streit um die Notstandsgesetze

Die außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestages am 30. Juni 1960 wurde zu einem geschichtlichen Tag für die Sozialdemokratische Partei. Im Verlauf eines Debattenbeitrages revidierte der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner u.a. bisherige sicherheitspolitische Grundlinien der Partei, in dem er ausführte, daß europäische und atlantische Bündnisssystem sei Grundlage aller außenpolitischen Bemühungen der SPD. Wehner erklärte ausdrücklich, daß die SPD die "Landesverteidigung" bejahe.

Alma Kettig erlebte Wehners Rede im Bundestag: "Die Fraktion war über den Inhalt dieser Rede nicht informiert. Die Absprachen dieser Rede haben

²³ Hans Karl Rupp, 1984, S.218.

²⁴ Alma Kettig am 12.6.1990 im Gespräch mit dem Verfasser.

wahrscheinlich im engeren Kreis des Fraktionsvorstands stattgefunden. Im Laufe von Wehners Ausführungen war ein großer Teil der Fraktion völlig überrascht, daß Wehner ein Bekenntnis zur NATO ablegte. Davon war bisher in der SPD keine Rede gewesen. Mein Banknachbar in dieser Zeit war der Oberbürgermeister von Dortmund, Dietrich Keuning. Keuning kam während der Rede in den Plenarsaal. Er fragte mich ziemlich ratlos, was denn hier überhaupt los sei. Ich sagte ihm: 'Hier wird eine völlig neue Politik eingeläutet'. Er war völlig fassungslos."²⁵

Heinrich Hannover kommentierte, die SPD habe an jenem Tage beschlossen, "Opposition zu einem Vorrecht außerparlamentarischer Kräfte werden zu lassen".²⁶ Susanne Miller spricht dagegen von einem "neuen Stil"²⁷ der SPD. Recht haben beide.

Mit der Wandlung der SPD ging eine neue Positionsbestimmung der Sozialdemokraten bezüglich eines innenpolitisch immer beherrschenderen Themas einher: Die Diskussion um die Notstandsgesetze.

Seit Jahren bereits wurde innenpolitisch über ein Notstandsgesetz für die Bundesrepublik diskutiert.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Diskussion um die Notstandsgesetze in einem Vortrag Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröders im Oktober 1958 vor der Gewerkschaft der Polizei, in deren Verlauf Schröder u.a. auf den "zunehmenden Strom von Propagandamaterial aus der Zone" hinwies und darauf, daß die kommunistische Gefahr bekämpft werden müsse²⁸, der Erinnerungen an Artikel 48 der Weimarer Verfassung weckte.

Die SPD hielt sich in der Diskussion zunächst zurück. Der SPD-Abgeordnete Dr. Adolf Arndt erklärte, die SPD sei sich darüber bewußt, "daß ein Zuviel an Staatsschutz gerade zur Gefahr für die Rechtswerte der Verfassung und die Freiheitlichkeit ihrer Ordnung werden kann. (...)"²⁹

Nach der Wende der SPD-Politik im Jahre 1960 zeigte die Partei mehr und mehr Bereitschaft, unter bestimmten Bedingungen an der Erarbeitung der

²⁵ Alma Kettig am 12.6.1990 im Gespräch mit dem Verfasser.

²⁶ Heinrich Hannover, *Der totale Notstandsstaat*, Offenbach 1964, S.3.

²⁷ Susanne Miller, a.a.O., S.207.

²⁸ Schröder: *Wir brauchen ein Notstandsrecht*, in: *Die Welt*, 31.10.1958.

²⁹ SPD-Jahrbuch 1960/61, Bonn 1962, S.46.

Notstandsgesetze mitzuwirken. Dabei stellten die Sozialdemokraten die kaum realisierbare Prämisse auf, eine Notstandsregelung dürfe "keine Möglichkeiten des Ausweichens des Parlaments aus seiner Verantwortung"³⁰ schaffen.

Alma Kettig lehnte die Notstandsgesetzgebung aus prinzipiellen Erwägungen ab: "Die Diskussion um die Notstandsgesetze nahm in der SPD-Fraktion ziemlich großen Raum ein. Im 1963 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes ging es um die Einschränkung von Grundrechten, wie zum Beispiel der Versammlungsfreiheit und um das Verbot von Arbeitskämpfen. Weiterhin war beabsichtigt, daß die Bundesregierung außer den Polizeikräften des Bundes und der Länder auch die Bundeswehr für Polizeiaufgaben einsetzen wollte. Für mich stand von Anfang an fest, daß ich gegen diese Gesetze stimmen würde."³¹

Der Marburger Politikwissenschaftler Dr. Wolfgang Abendroth formulierte, bei der Notstandsgesetzgebung gehe es nicht um eine Ergänzung, sondern um eine grundsätzliche Änderung des Grundgesetzes. Abendroth stellte der von der Bundesregierung aufgezeigten Gefahr des "inneren Notstands" die Feststellung gegenüber, es sei sehr viel wahrscheinlicher, daß die Demokratie nicht von unten, sondern von "oben", durch die Organisation des Staates selbst gefährdet oder aufgelöst werden könnte. Diese Gefahr sei durch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik verschärft worden.³²

Auch der in der Schweiz lebende Philosoph Professor Karl Jaspers kritisierte die Pläne einer Notstandsgesetzgebung scharf: Mit ihnen könne das Instrument geschaffen werden, in einem verhängnisvollen Augenblick durch einen einzigen Akt die Diktatur zu errichten. Mit Blick auf die zunehmende Diffamierung der Ostermarsch- und Friedensbewegung in der Bundesrepublik der frühen 60er Jahre gipfelte Jaspers Betrachtung in der Bemerkung: "Wollen wir durch die Notstandsgesetze die Revolte der Bevölkerung gegen den Krieg unmöglich machen?"³³

³⁰ SPD-Jahrbuch 1960/61, Bonn 1962, S.46.

³¹ Alma Kettig am 13.6.1990 im Gespräch mit dem Verfasser.

³² Eugen Kogon u.a., Der totale Notstandsstaat, Frankfurt/Main o.J., S.14.

³³ Zitiert nach Jürgen Kuczynski, So war es wirklich, Berlin/DDR 1969, S.225.

Der Berliner Politikwissenschaftler Dr. Ossip K. Flechtheim sah durch die Notstandsgesetze die Gefahr der Herausbildung eines "totalitären Verteidigungsstaates".³⁴

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, schränkte auf dem Karlsruher SPD-Parteitag im November 1964 ein, die SPD lege Wert darauf, daß Arbeitskämpfe nicht unter eine Notstandsregelung fallen dürften und daß der Bundesregierung kein Notverordnungsrecht zugestanden werden dürfe.

Tatsächlich war die Gefahr eines "inneren Notstands" "von unten" in der Bundesrepublik nie gegeben. Versuche, die Friedensbewegung und einige Jahre später die Außerparlamentarische Opposition diesbezüglich zu attackieren, entbehren jeder Grundlage.

Alma Kettig war am 24. Juni 1965 im Deutschen Bundestag nur noch eine von insgesamt 12 Abgeordneten³⁵ der SPD-Fraktion, die gegen die Verabschiedung der "einfachen Notstandsgesetze" votierte. Die überwiegende Fraktionsmehrheit stimmte für die Verabschiedung der ersten Notstandsgesetze, an deren Formulierung SPD-Parlamentarier mitbeteiligt waren.

Schon seit dem Ausscheiden ihres Fraktionskollegen Arno Behrisch aus der SPD-Bundestagsfraktion im Jahre 1961 hatte Alma Kettig auch in ihrer eigenen Fraktion einen immer schwereren Stand. Sie galt als "Abweichlerin" und Vertraute des zur DFU gewechselten Parlamentariers: "Im August 1961 trat der Bundestag in Bonn aus Anlaß des Mauerbaus zu einer Sondersitzung zusammen. Während der Sitzung ging SPD-Fraktionsgeschäftsführer Dr. Karl Mommer durch die Reihen der SPD-Fraktion und sagte: 'Behrisch hat sich zu Wort gemeldet. Wenn er spricht: Rausgehen.' Einige meiner Kolleginnen und Kollegen verliessen daraufhin den Plenarsaal, doch ein großer Teil blieb im Plenum - so wie ich auch."³⁶ Behrisch bezeichnete in seiner Rede den Bau der Mauer als das Resultat einer monumentalen Fehleinschätzung, auf der die westliche Politik der Stärke seit 1952 beruht habe.

³⁴ Brief Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim vom 19.2.1965 an Herbert Grünhagen, AdA.

³⁵ Mit Nein stimmten folgende SPD-Abgeordnete: Dr. Fritz Baade, Dr. Karl Bechert, Eberhard Brünen, Wilhelm Dröscher, Walter Faller, Josef Felder, Fritz Wilhelm Hörauf, Heinrich Junker, Alma Kettig, Richard Kohlberger, Friedrich Kraus und Helene Wessel.

³⁶ Alma Kettig am 13.6.1990 im Gespräch mit dem Verfasser.

Bereits seit 1957 gehörte Alma Kettig als Schriftführerin dem Vorstand des Deutschen Bundestages an. Dem Fraktionsvorstand und besonders dem Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wehner bereitete dieses herausgehobene Amt der als nicht zuverlässig und linientreu eingeschätzten Genossin zunehmende Magenschmerzen: "Wehner war es ein Dorn im Auge, daß ich diese Aufgabe inne hatte, nachdem klar war, daß mir vieles nicht mehr paßte. Er hätte mich dort gern weggehabt."³⁷

Bereits im Laufe des Jahres 1964 entschied sich Alma Kettig, ihr Mandat mit Ablauf der Legislaturperiode aufzugeben. Schon im Herbst 1963 hatte sie bemerkt, daß ihr Telefon überwacht wurde. Aus dem Innenausschuß schied sie, auf Anraten ihrer Fraktionskollegen schon vorzeitig aus: "Hinzu kam, daß ich bei dem größten Teil meiner Genossen keinen Rückhalt mehr hatte. So habe ich schließlich 1965 den ganzen Salat hingeworfen."³⁸

Über ihre Gründe äußerte sich Alma Kettig im Sommer 1965 in einem Brief an Pastor Herbert Mochalski:

"Es ist nicht meine Sache, jene zu entschuldigen, die vielerorts versichert haben, daß sie gegen die Gesetze stimmen werden, und die bei der Abstimmung fehlten. Nachdem die Tagesordnung bekannt war, ist solches Verhalten wohl unentschuldigbar. Sie persönlich werden ja auch Ihren Freund Dr. Heinemann vergeblich unter den 12 Abgeordneten suchen.

Für mich persönlich darf ich noch erklären, daß ich für den Bundestag, dem ich zwölf Jahre angehörte, nur deshalb nicht mehr kandidiere, weil ich die derzeitige Politik der SPD in der Notstandsfrage aus Gewissensgründen weder im Bundestag vertreten noch vor dem Volke rechtfertigen kann.

Ich bedaure zutiefst, daß meine Partei, für die wir unter Hitler so viel gewagt haben und die so mutig und überzeugungstreu gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, nicht in gleicher Einigkeit gegen alle Notstandsgesetze auftritt. Ein Sozialdemokrat muß mit der Zeit, aber er darf nie mit der Reaktion gehen. Ich halte noch immer für richtig, was Dr. Walter Menzel einst im Namen der ganzen Partei und Fraktion sagte: 'Wir brauchen keine Notstandsgesetze!' Mir ist die Wesensverwandtschaft zwischen dem Ermächtigungsgesetz und den Notstandsgesetzen vollkommen

³⁷ Pollmann/Laudowicz, a.a.O., S.65.

³⁸ Pollmann/Laudowicz, a.a.O., S.65.

klar. Darum bin ich dagegen, darum habe ich dagegen gestimmt. Denn ich bemühe mich, aus der Geschichte meines Volkes etwas zu lernen. (...)"³⁹

Der Berliner FDP-Vorsitzende William Borm dankte Alma Kettig für den Mut, ihren Brief veröffentlicht zu haben: "Gestatten Sie mir aber gleichzeitig, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß Sie als Konsequenz dem Bundestag nicht mehr angehören wollen. Ich selber werde von meiner Parteiorganisation in den Bundestag entsandt werden, und Sie werden verstehen, daß ich Menschen vermisse, die wie Sie heute noch Zivilcourage haben."⁴⁰

³⁹ Brief Alma Kettig vom 7.7.1965 an Herbert Mochalski, in: Stimme, Nr. 14/1965, S.2.

⁴⁰ Brief William Borm vom 9.8.1965 an Alma Kettig, FKA.